



Düsseldorf, 6. Oktober 2022

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER SOZIALPARTNER DER METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Durch den Krieg in der Ukraine steht unser Land vor einer Wirtschaftslage, die so ernst ist wie selten zuvor. Die bedrohliche Energieversorgungskrise und die dramatische Energiepreiskrise gefährden in hohem Maße die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und damit auch Nordrhein-Westfalens. Dies gilt insbesondere auch für den größten Industriezweig unseres Landes – die Metall- und Elektroindustrie. Sie ist ein starkes Glied unserer industriellen Wertschöpfungsketten und im Verbund mit anderen Industriezweigen Garant für Wohlstand und gute Arbeitsplätze. Bundesweit steht die Metall- und Elektroindustrie für ein Sozialversicherungs- und Steueraufkommen in Höhe von rund 300 Mrd. Euro – allein in NRW wird davon mehr als ein Fünftel erzielt. Gerade für Nordrhein-Westfalen ist es daher existenziell, dass jetzt alles dafür getan wird, unsere industrielle Basis zu erhalten, damit wir auch in zehn Jahren noch ein starkes Industrieland mit sicheren Arbeitsplätzen sein können.

Als Sozialpartner nehmen wir gegenseitig die großen Sorgen von Beschäftigten einerseits und Unternehmen andererseits sehr ernst. Das erwarten wir auch von der Politik. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen jetzt so schnell wie möglich Klarheit darüber, wie Energie bezahlbar bleiben kann, um mit verlässlichen Perspektiven zuversichtlicher in die Zukunft blicken zu können. Und die Unternehmen sind zwingend auf Energiepreise angewiesen, mit denen sie im europäischen und internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben, Produktion aufrechterhalten und in die Zukunft investieren können.

Die Bundesregierung hat mit der Ankündigung ihres wirtschaftlichen Abwehrschirms ein starkes Signal gesetzt, das unser Land dringend gebraucht hat. Diesen Ankündigungen müssen jetzt schnell Taten folgen. Wir warnen davor, jetzt kostbare Zeit durch unnötiges Gerangel zwischen Bund und Ländern zu verlieren. Die Politik ist gefordert, mit entschlossenem und geschlossenem Handeln den Beschäftigten und Unternehmen Vertrauen in die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu geben. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie nun schnell wirksame Maßnahmen vorlegt und diese zügig und unbürokratisch umsetzt. Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie diesen Prozess unterstützt und dabei die Interessen des Wirtschafts- und Industriestandorts Nordrhein-Westfalen vertritt.

In dieser besonderen Krisensituation muss unser Land auch gesellschaftspolitisch zusammenstehen. Voraussetzung dafür sind Dialogbereitschaft und gegenseitiges Verständnis. Wir werden uns all denjenigen entgegenstellen, die an den politischen Rändern versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten und für ihre Zwecke politisch zu instrumentalisieren.

Knut Giesler
Bezirksleiter der IG Metall
Nordrhein-Westfalen

Arndt G. Kirchhoff
Präsident des Verbandes der
Metall- und Elektro-Industrie
Nordrhein-Westfalen (METALL NRW)